

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Dresden,
Geb. & Comp. Nr. 1200.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Buchdruckerei:
Geb. Henckel, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land.

Bezugspreis einschließlich Druckerlohn monatlich 500.— M., durch die Post bezogen monatlich 520.— M., unter Strenghand für Deutschland wöchentlich 150.— M., Einzelnummer 25.— M., Sonnabendnummer 30.— M.

Teleg. Adress: Dresdner Volkszeitung.

Hauptsitzung: Wettinerplatz 10. Tel. 26261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 26261.
Geschäftsstelle von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Sgepalte Rumparellage 50.— M., die gespalte Reklamezeile 175.— M., auswärts 60.— u. 200.— Ausland 300 und 800 M.
Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietguthaben 25 Prog. Rabatt. Für Briefniederlegung 15 M.

Nr. 287

Dresden, Montag den 11. Dezember 1922

33. Jahrg.

London und Haag

Poincarés Forderungen — Die alliierten Schulden — Günstiger Eindruck der deutschen Vorschläge — Ausgaben der sozialistischen Internationale

Vorgestern haben in London die Verhandlungen über das Reparationsproblem begonnen. Die Londoner Konferenz ist nicht die erste und wird auch nicht die letzte Tagung sein, die sich mit der Wiedergutmachungsfrage beschäftigt. Zu einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems ist heute die Welt noch nicht reif. Aber trotz allen Rüten, unter denen wir leben, dürfen wir nicht übersehen, daß wir in der Wiedergutmachungsfrage ein gutes Stück vorwärts gekommen sind, ein Fortschritt, den wir zum großen Teil der Erfüllungspolitik der Regierung Wirth zu verdanken haben.

Es geht in London heute nicht mehr darum, ob Deutschland ein Moratorium bekommen soll, sondern nur um die Bedingungen des Moratoriums.

Die ganze Entwicklung der Wiedergutmachungsfrage ist ein Beispiel dafür, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird, wie die einfachsten volkswirtschaftlichen Wahrheiten außer Acht gelassen werden, weil die führenden Männer sie nicht sehen können oder wollen. Auf beiden Seiten hat man von vornherein nicht genügend erkannt, um was es sich bei der ganzen Wiedergutmachungsfrage überhaupt handelt. Zwei Fragen sind zu lösen, wenn eine Wiedergutmachung in größerem Umfang ermöglicht werden soll. Es ist einmal zu prüfen, ob das deutsche Volk imstande ist, einen so großen Teil des Ertrages seiner Arbeit zu entrichten, wie das zur Zahlung größerer Reparationsleistungen notwendig wäre. Könnte aber diese Frage bejaht werden, so bliebe das Problem zu lösen, wie die Werte, die der Wiedergutmachung dienen sollen, dem Ausland zu übermitteln sind. Nehmen wir an, es wäre dem Deutschen Reich möglich, durch hohe Steuern eine Summe aufzubringen, die an sich genügt, um die verlangte Wiedergutmachung zu leisten, so hätte das Reich zunächst nur große Mengen Papiermark in seinen Händen. Mit diesen Papiermark wäre aber den Gläubigern Deutschlands nicht gedient. Würden wir der Entente größere Summen von Papiergeld übergeben, so würde sie damit Zahlungsmittel bekommen, die umso mehr an Wert verlören, in so größerem Umfang sie auf den internationalen Markt geworfen würden. Unreue Gläubiger wollen Goldwerte haben, Devißen, die einen festen Wert im internationalen Zahlungsservice haben. Derartige Zahlungsmittel können wir in genügenden Mengen nur bekommen, wenn wir eine große Ausfuhr erzielen, die unsere Einfuhr bedeutend übersteigen muß. Wie die Erfahrung aber gezeigt hat, suchen die Ententestaaten die deutsche Ausfuhr einzudämmen, weil sie die deutsche Konkurrenz für ihre Industrie fürchten. Hier liegt der große Widerstreit in dem Verhalten der Ententestaaten. Sie wollen große Zahlungen von Deutschland, aber eine große deutsche Ausfuhr, die Deutschland die Möglichkeit zu großen Reparationszahlungen gäbe, wollen sie nicht.

Deutschland hat von vornherein bei der Behandlung der Wiedergutmachungsfrage den großen Fehler begangen, daß es nicht vor allem die Entente gefragt hat, wie dieser Widerspruch gelöst werden soll. Als damals das Kabinett Simons-Zehrbach in London mit der Entente über die deutschen Wiedergutmachungsleistungen verhandelte, hat man an der Höhe der Verpflichtungen Deutschlands herumzufuseln verucht, statt daß man der Entente die Frage vorlegte, wie denn überhaupt die Zahlungen erfolgen sollten.

Walter Rathenau suchte wieder gutzumachen, was in London verlaufen wurde. Er bat unsre Gläubiger für den Gedanken der Sachleistungen zu gewinnen, veracht und dabeist ist er nicht ohne Erfolg geblieben. Tatsächlich können wir nur durch Sachleistungen unsere Wiedergutmachungsverpflichtungen in größerem Umfang erfüllen. Eine internationale Anleihe könnte uns auch nur vorübergehend helfen. Gelingt es uns in London, ein Moratorium zu erhalten, so wird die deutsche Regierung die so gewonnene Atempause benutzen müssen, um zu erreichen, daß die Reparationsfrage auf der Grundlage von deutschen Sachleistungsverpflichtungen endgültig geregelt wird. Können wir doch nicht darauf reden, daß uns keine Reparationsverpflichtungen ganz erlassen werden.

In London wird besonders um die Garantien gestritten werden, da Poincaré die Garantiefrage dazu benutzen will, um seinen auf die Beherrschung des linken Rheinufers gerichteten imperialistischen Zielen näher zu kommen. Es besteht die Gefahr, daß wir gezwungen werden, Garantien zu bieten, die uns sehr teuer zu stehen kommen. Unter allen Umständen müßte verhindert werden, daß die deutschen Staatsbergwerke und Staatswälder der Entente als Garantie zur Verfügung gestellt werden und so möglicherweise dem deutschen Volke die Verfolgungswelt über die Befreiung entzogen wird. Wenn wir unsern Gläubigern Garantien bieten müssen, so sollte nicht das öffentliche, sondern das Privateigentum dazu dienen. Die Betreuung des Reiches an unseren großen Unternehmungen in Industrie und Handel müsse schließlich durchgeführt werden. Gestützt auf diesen Basis, könnte das Reich ein Anteilebpapier herausgeben, das voraussichtlich in der ganzen Welt genommen werden würde und mit dessen Hilfe es möglich wäre, der Entente eine wertholle Garantie zu bieten. Eine Stabilisierungsaktion würde durch eine derartige Erfassung der Sachwerte sehr erleichtert werden.

Vorher sind alle Versuche, die Sachwerte zu erfassen, an dem Widerstand des Großkapitals gescheitert. Gerade jetzt ist es die höchste Zeit, daß das Vertraute nachgeholt wird, gerade jetzt können durch schnelles Handeln große Gefahren vom deutschen Volke abgewendet werden. Die Regierung Cuno mag jetzt zeigen, was sie kann. Vorher freilich ist die für unser Volk so notwendige Erfassung der Sachwerte an dem Widerstand derjenigen kapitalistischen Kreise gescheitert, als deren Sachwalter Cuno und seine Leute in der Regierung sitzen.

Der Kampf in London

Der Kampf in London zwischen den alliierten Hauptmächten — vertreten durch die vier Ministerpräsidenten Bonar Law, Poincaré, Mussolini und Thénard — geht nicht um ein Moratorium für Deutschland. Daß dem von dem sozialistischen, demokratischen und republikanischen Deutschland befundenen Erfüllungswillen wird heute von allen Alliierten anerkannt, daß Deutschland im gegenwärtigen Augenblick nicht in der Lage ist, irgend etwas zu zahlen. Man ist sich also einig, daß Deutschland ein Moratorium gewährt werden müßte. Der Kampf in London geht nur um die Dauer dieses Zahlungsaufschubes und vor allem um die Pfänder und Sicherheiten, d. h. um die Zwangsmittel gegen Deutschland, auf die Poincaré bestellt.

Eine Havas-Meldung fahrt den französischen Standpunkt wie folgt:

Deutschland könne höchstens für zwei Jahre ein Zahlungsaufschub für seine Geldzahlungen gewährt werden. Während dieser Zeit müßten die Sachleistungen, wenn auch in geringerem Maßstab, erfolgen. Die deutsche Regierung müsse in kürzer Frist gesetzliche Maßnahmen erlassen, um die deutschen Finanzen zu sanieren. Ein Kredit von einer halben Milliarde Goldmark, zu der eine gleich hohe Summe aus dem Goldbestand der Reichsbank kommen müsse, werde Deutschland zur Stabilisierung der Mark zur Verfügung gestellt. Um eine Bürgschaft für die Ausführungen dieser Reformen zu bestehen, würden die Alliierten 25 v. H. der deutschen Ausfuhr und die Zollleinnahmen erheben sowie die Bergwerke des Ruhrgebiets kontrollieren.

Nach dem englischen Observator sollen Zwangsmittel erst angewendet werden beim ersten Zug Deutschlands, die Maßnahmen zu treffen, die notwendig seien, um die deutschen Finanzen zu stabilisieren. Und zwar: Erfüllungsaufnahme der deutschen Zölle und des Ruhrgebiets. Außerdem besteht Poincaré auf einer formalen Streichung der alliierten Schulden als Voraussetzung einer Ermäßigung der deutschen Schulden.

Auch Mussolini sprach sich für Bürgschaften, aber gegen militärische Zwangsmittel aus.

Bonar Law erklärte in seiner Antwort auf die französische Vorschläge: Er müsse mit der öffentlichen Meinung von Großbritannien reden, die in ihrer Mehrheit jeder Zwangsmmaßnahme gegenüber Deutschland feindlich gesinnt sei. Die englische Regierung werde eine verstärkte Kontrolle der deutschen Finanzen zulassen und sicher auch der Erhebung von 25 v. H. vom Wert der deutschen Ausfuhr sowie von deutlichen Zollleinnahmen zustimmen.

Das wichtigste bisherige Ergebnis der Konferenz ist die Versicherung Bonar Laws:

England sei bereit, ohne die amtlichen Absichten Amerikas abzuwarten, einen Erlass der Summe zu bewilligen, die die alliierten Mächte England schulden;

Voraussetzung hierfür sei, daß sie damit zur Lösung des allgemeinen Reparationsproblems beitragen könne.

Damit hat England seinen in der Balfournote festgelegten Standpunkt verlassen: in eine Aussprache über die Verminderung der alliierten Schulden erst dann einzutreten, wenn auch Amerika bereit sei, die englischen Schulden herabzusetzen.

Als Haupthindernisse der Konferenz bezeichnet der Observator neben der Streichung der alliierten Schulden die französische Forderung nach der Mainline und nach dem Ruhrgebiet.

Es ist zu hoffen, daß die

Vorschläge der deutschen Regierung

die zu Beginn der Londoner Konferenz überreicht wurden, die französischen Verlängerungspläne durchkreuzen. Die deutsche Regierung schlägt ein System von inneren und äußeren Anleihen vor:

Das dafür zu gewählende Moratorium soll je nach der Höhe des Belebungsergebnisses bis zu 5 Jahren betragen. Deutschland soll für die Dauer des Moratoriums von allen Lasten des Vertrags von Versailles befreit sein und seine wirtschaftspolitische Gleichberechtigung wiederhergestellt werden. Der Ertrag der Auslandanleihen soll ganz, der Ertrag der Inlandsanleihen zur Hälfte der Reparationskommission zur Verfügung stehen. Die andre Hälfte der Inlandsanleihe soll der Stabilisierung der Mark und dem Ausgleich des Reichshaushalts dienen.

Nach einer Reuternote haben die Vorschläge der deutschen Regierung in London einen günstigen Eindruck gemacht.

Die Reichsregierung hat anlässlich der Londoner Konferenz zur Unterstützung der deutschen Botschaft in London mehrere Ver-

Drei dringliche Fragen

an die Dritte Internationale

In Moskau liegt zur Zeit der 4. Kongreß der Dritten Internationale. Die Veranstaltung der Moskauer Börsen eröffnet einen "Offenen Brief" an die Sozialdemokratische Internationale; es heißt darin:

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale wendet sich an die Internationale und an die Wiener Arbeitsgemeinschaft mit der Bitten frage, ob sie gewillt sind, jetzt nochmals die Politik noch weiter die Lage der Arbeiterklasse bei dreizehn für die Hand zu bieten, zur Aufrichtung der gemeinsamen Front des Internationalen Proletariats für den Kampf um die einfachsten Rechte und die einfachsten Interessen der Arbeiterklasse.

Er wendet sich an die Amsterdamer Internationale mit der Frage, ob sie gewillt ist, aufzuhören, die Gewerkschaften zu spalten, die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen, ob sie gewillt ist zu helfen, in einheitlicher Front die Proletarier in den Kampf zu führen.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale wendet sich an die Pariser Konferenz der Gewerkschaften und Gewerkschaften, die sich in dem Moment versammelt, wo in Europa alle Parteien der Entente nach dem Ersten Weltkrieg den Kapitalismus einen neuen Vertrag von Versailles dem türkischen Volke aufdrängen, und wo den Freien neuen Kriegen vorbereitet werden, ob sie gewillt ist, zusammen mit uns durch den Aufmarsch der Arbeiterklasse der Bourgeoisie sie zu zeigen, daß das internationale Proletariat nicht mehr gewillt ist, widerstandlos sich auf neue Schlachtfelder schleppen zu lassen.

Wie wir es auf der Berliner Konferenz gesagt haben, unter die Kommunistische Internationale den Parteien der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft, den Amsterdamer Gewerkschaftsführern nicht gilt, für die Natur des Proletariats zu kämpfen, die unter Abliefe war und bleibt. Aber wir fragen sie, ob sie gegen die Diktatur des Kapitals kämpfen wollen, ob sie wenigstens die Überreste der Demokratie auslöschen wollen, um den Widerstand gegen den Sieg des kleinen Kapitals zu organisieren, daß die Welt in ein Massengrab verwandelt hat und nun für unsre proletarische Jugend schon von neuem Massengräber schaukt.

Die Kommunistische Internationale hat ihr Wort gehalten. Sie hat ihren Parteien die Lösung zum Kampf gegeben: für die Einheitsfront des Proletariats, für die Kontrolle der Produktion, für den Abtretung, für das Existenzminimum des Proletariats, für die Bewaffnung der Arbeiter und die Erweiterung der Bourgeoisie, für die Regierungen der verbündeten Arbeiterparteien als Instrument des Kampfes um die nächsten Interessen der Arbeiterklasse. Das Wort hat jetzt die Zweite Internationale, die Wiener Arbeitsgemeinschaft, die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und ihr Pariser Kongreß!

Es ist das alte Spiel mit Worten zu parteidiktatorischen Zwecken. Auf der Berliner Konferenz scheiterte die Einheitsfront der drei proletarischen Freikörper daran, daß die Moskauer Distrikte ihre terroristische Diktatur gegen die nichtbolschewistischen Sozialisten Russlands nicht aufzugeben wollten. Sollten weitere Verhandlungen Sinn haben, muß die Kommunistische Internationale folgende peinliche Fragen beantworten:

Ist die Dritte Internationale bereit, den jetzt unterbrochenen russischen Gewerkschaften mindestens dieselben Freiheiten im politischen Leben, und die gleichen Wahlrechte im Produktionsprozeß zu gewähren, wie sie die deutschen Gewerkschaften errungen haben?

Ist die Dritte Internationale bereit, den gebrochenen russischen Betriebsräten mindestens dieselben Freiheiten und Funktionen zu gestatten, wie sie die deutschen Betriebsräte haben?

Ist die Dritte Internationale bereit, die Gewerkschaften auch auf die sozialistischen Sozialbewegungen und Gewerkschaftsverbände aufzubauen und sie aktivisch aus den Werkstätten zu entlassen, in die sie unter Druck wichtiger Rechtsgaranten geworfen wurden?

Solange die Kommunisten sich zu diesen Selbstverständlichkeit nicht bereit erklären, bleibt ihr Gerade vor der Einheitsfront zweckloser Schrott!